

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 14.05.1998
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Woldmer, Richard

SPD-Fraktion
Grigull, Hans
Heinks, Jürgen
Janssen, Richard
Leeker, Wilhelm
Meyer, Elfriede
Scholl, Eiwin
Südhoff, Johann
Wessels, Johann

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut
Hegewald, Reinhard
Hellmann, Uwe
Janßen, Heinz Werner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd

FDP-Fraktion Grundmandat
Bolinus, Erich

Beratende Mitglieder
Dilling, Dieter
Janssen, Johann
Jenkins, Recs
Zimmermann, Helmut

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, daß der Stadtplanungsausschuß ordnungsgemäß geladen und beschlußfähig ist.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.04.1998

Herr Wessels weist ausdrücklich darauf hin, daß er bei dieser Sitzung am 23.04.1998 entschuldigt gefehlt habe, und bittet darum, künftig ein entschuldigtes Fehlen in der Sitzungsniederschrift zu dokumentieren.

Hauptamt

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 23.04.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Vorhaben- und Erschließungsplan D 125 "Folkmar-Allena-Straße", 1. Änderung - Öffentliche Auslegung (Stadium II)
Vorlage: 13/435/2

Herr Tilmann erläutert die Vorlage. Hinsichtlich der Verkehrs-führung in das Plangebiet von der Wolthuser Straße (Einrichtung einer Verkehrsinsel und einer Linksabbiegespur aus Richtung Stadt) wird die Gewährleistung der Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer von den Herren Leeker, Scholl und Bongartz angemahnt. Herr Zimmermann weist aus aktuellem Anlaß auf die Gefahren des LKW-Verkehres beim Rückwärtsfahren und Rangieren auf dem Betriebsgelände hin und bittet um entsprechende Berücksichtigung bei der Planung.

Beschluss:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes D 125, 1. Änderung, wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Bebauungsplan D 131 - mit gestalterischen Festsetzungen - (Stadtgärtnerei - südlich des Schwanenteiches)
Vorlage: T 13/255/5

Herr Tilmann erläutert die Notwendigkeit zur Änderung des 1. Planentwurfes. Herr Bolinius fragt beunruhigt, ob das Grundstück von der Stadt ohne Festlegung des Nutzungszweckes Altenwohnungen verkauft worden sei. Auch Herr Renken ist wegen der Planänderung verunsichert. Er sei bislang davon ausgegangen, daß mit dem Investor über das Projekt Einvernehmen bestehe und möchte daher geklärt wissen, inwieweit eine Bindungswirkung zur Nutzung des Grundstückes für Altenwohnungen gesichert sei.

Herr Röttgers bekräftigt, daß das Projekt nicht gefährdet sei. Die Nutzung des Grundstückes für Altenwohnungen sollte ursprünglich durch ergänzende Regelungen im städtebaulichen Vertrag festgeschrieben werden; der Investor habe sich jedoch gescheut, diese Bindungen über privatrechtliche Verträge weitergeben zu müssen.

Um das "Altenwohnen" öffentlich-rechtlich abzusichern, sei mit dem Investor Einvernehmen erzielt worden, Altenwohnungen gemäß § 48 NBauO im Bebauungsplan textlich festzusetzen. Für dieses insoweit geänderte Verfahren sei eine erneute öffentliche Auslegung erforderlich. Der geschlossene privatrechtliche Vertrag, in dem das "Service-Wohnen" vereinbart ist, werde dadurch nicht berührt.

Beschluss:

Der geänderte Entwurf des Bebauungsplanes D 131 - mit gestalterischen Festsetzungen - wird gem. § 3 Abs. 3 BauGB i. d. F. vom 01.01.1998 für die Dauer von 2 Wochen erneut öffentlich ausgelegt. Anregungen können nur zu den geänderten Festsetzungen vorgebracht werden.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 6 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

- a) Betriebsbegehungen im Rahmen des Abwasserkatasters Stadt Emden
Vorlage: 13/531

Herr Kinzel trägt vor, daß im Jahre 1992 für den Bereich der Stadt Emden ein Abwasserkataster erstellt worden sei, das 700 Betriebe erfasse, die Abwasser in das städt. Kanalnetz oder direkt in Gewässer einleiten.

Frau Köhnemann vom Technologiepool erläutert sodann die Ergebnisse des Arbeitsauftrages, exemplarisch an 7 Betrieben die Abwassersituation zu untersuchen. Die Bestandsaufnahme habe ein erhebliches Informationsdefizit bei der Stadt und auch bei den Betrieben ergeben. Weiter wurden Mängel bei der Dimensionierung der vorhandenen Abwasserbehandlungsanlagen sowie bei 2 von 6 der untersuchten Abwasservorbehandlungsanlagen eine Überschreitung des Grenzwertes für Kohlenwasserstoffe festgestellt. Als Maßnahme werde vorgeschlagen, mittelfristig eine Aufnahme der Abwassergesamtsituation in jedem einzelnen Betrieb, der schadstoffhaltiges Abwasser einleitet, vorzunehmen.

Auf Fragen von Herrn Janssen, Herrn Renken und Herrn Wessels verweist Herr Kinzel auf die angespannte Personalstruktur innerhalb der Bauverwaltung (Umweltamt und Bau- und Entsorgungsbetrieb). Aktuelle Vorgänge und Schadensfälle seien auch in der Vergangenheit von der Verwaltung verfolgt worden. Bezüglich der systematischen Indirekteinleiterüberwachung sei nunmehr eine Lösung gefunden worden. Eine generelle Aktualisierung und Verbesserung des Abwasserkatasters sei nur mit entsprechenden Finanzmitteln zu leisten.

Herr Röttgers empfiehlt, behutsam vorzugehen, hebt besonders die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe hervor und setzt sich dabei für eine Unterstützung durch das Amt für Wirtschaftsförderung ein.

Zu gegebener Zeit werde über die weitere Entwicklung berichtet.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

b) Nahverkehrsplan, Sachstandsbericht

Herr Fischer trägt die Kurzfassung des Nahverkehrsplanes vor. Dabei geht er zunächst auf den Ist-Zustand ein und führt dann aus, welche Ziele und welche Maßnahmen sich aus der Bewertung des Ist-Zustandes ergeben.

Herr Bolinius fragt nach, ob ein Neubau des Betriebshofes sich noch im Rahmen des Vertrages mit dem derzeitigen Konzessionär befindet.

Herr Fischer gibt an, daß die Stadt sich in dem Vertrag mit Firma Reiters vorbehalten hat, einen Betriebshof zu bauen. Dies hängt damit zusammen, daß die Stadt unbedingt auf einen Betriebshof angewiesen ist, auch um ggf. mit einem Betreiber einen Vertrag abzuschließen, der nicht über einen eigenen Betriebshof verfügt. Sollte die Stadt einen Betriebshof selber bauen, würde die Kilometerpauschale entsprechend reduziert werden. Der Betriebshof ist deswegen im Nahverkehrsplan erwähnt worden als Ziele und Maßnahme, damit ggf. entsprechende GVFG-Mittel beantragt werden können.

Herr Bongartz fragt an, ob der Schülerverkehr seitens des Landes bezuschußt wird.

Herr Fischer stellt klar, daß ein Zuschuß seitens des Landes gewährt wird, daß entsprechend die Kurzfassung korrigiert wird.

Herr Leeker fragt nach, ob die Gemeinde Hinte sich am Defizit beteiligen wird, wenn das Gemeindegebiet durch eine städtische Buslinie erschlossen würde. Er fragt weiterhin, ob es auch kleinere Niederflurbusse gibt, die im Betrieb wirtschaftlicher seien und eine bessere Auslastung nach sich ziehen.

Herr Fischer gibt an, daß die Verknüpfung mit Hinte sehr stark nachgefragt wird. Dieser Punkt ist im Nahverkehrsplan aufgeführt worden, damit man ggf. in Verhandlung treten kann und auch darüber GVFG-Mittel hereinziehen kann. Zur Frage der Niederflurbusse führt er aus, daß es Sache des Betreibers ist, für ein optimales Angebot an Buskapazität zu sorgen um die Auslastung entsprechend zu sichern. In dem Nahverkehrsplan ist ein entsprechender Passus enthalten, der es ermöglicht, kleinere Busse mit GVFG-Zuschüssen anzuschaffen.

Herr Hegewald mahnt an, daß trotz mehrfacher Nachfrage ein Wartehäuschen im D 91 im Constantiaviertel noch nicht installiert worden sei.

Herr Fischer gibt zu bedenken, daß Wartehäuschen generell im Nahverkehrsplan vorgeschlagen werden. Welches Häuschen und zu welchem Zeitpunkt errichtet wird, das ist eine Frage der Abstimmung.

Herr Scholl fragt an, was unter dem Begriff Infozentrale zu verstehen sei.

Herr Fischer erklärt, daß in der Infozentrale alle Verkehrsinformationen gebündelt weitergegeben werden könnten, an den Fahrgast. Darin seien sowohl die Bundesbahninformationen als auch die Businformationen enthalten.

Herr Scholl fragt weiterhin, was sich hinter dem Begriff Fahrzeugkomponente verbirgt.

Herr Fischer führt aus, daß es sich hierbei um eine technische Ausstattung der Busse zur Herstellung des Vorrangs an der Ampel handelt.

Herr Renken bemerkt, daß die Anbindung der Gemeinde Hinte zum erstenmal nun erwähnt werde. Er kritisiert, daß in dem Vortrag zunächst eine Bestandsaufnahme erwartet werden konnte und danach eine Einschätzung des Ist-Zustandes und erst daraus könnten Zielformulierungen

rungen und Maßnahmen abgeleitet werden und er kritisiert, daß die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes wohl durch die Bedenken der Bezirksregierung nötig geworden seien. Er fragt nach, wann mit einem Endbericht zu rechnen ist, welche Verfahrensschritte noch ausstehen und schließlich wie hoch das vom Rat zu beschließende Finanzvolumen sei.

Herr Fischer führt aus, daß die Anbindung der Gemeinde Hinte deswegen zum erstenmal erwähnt wird, weil hier zum erstenmal ein übergreifender Nahverkehrsplan aufgestellt wird. Er führt aus, daß es sich hier um einen sehr kurz gefaßten Zwischenbericht handelt, der nicht auf den gesamten Bestand und dessen Einschätzungen eingehen kann, ohne den Zeitrahmen zu sprengen. Dieses würde im vorliegenden bzw. im abzuliefernden Nahverkehrsplan durchaus alles sorgfältig aufgeschrieben. Die Einwendungen der Bezirksregierung seien erheblich zu spät außerhalb des Termins für die Träger öffentlicher Belange eingegangen. Man habe zunächst ein Konzept verfolgt, welches eine nicht präzise Ziel- und Maßnahmenformulierung vorsieht, so wie andere Gemeinden und Träger des Nahverkehrs vorgehen (Osnabrück).

Die Bezirksregierung habe sich nunmehr für eine präzise Darstellung ausgesprochen mit dem Argument, dann könne in einem Antragsverfahren auf den Nahverkehrsplan präzise hingewiesen werden. Herr Fischer meint, daß andere Gemeinden nach wie vor an der etwas pauschaleren Formulierung festhalten wollen, um eben nicht in eine Situation zu kommen, etwas nicht beantragen zu können, was so ausführlich noch im Nahverkehrsplan nicht beschrieben worden ist. Wie hoch das Finanzvolumen ist, könnte er jetzt im Rahmen dieses Zwischenberichtes noch nicht sagen, aber es würde nachher schriftlich im Nahverkehrsplan fixiert.

Herr Janssen (Behindertenbeirat) regt an, die Busse mit besonderen Lichtanlagen zu versehen. Er regt weiter an, den Bahnhofsvorplatz für Behinderte auszustatten.

Herr Fischer führt aus, daß der Bahnhofsvorplatz in Umplanung ist und das selbstverständlich die Belange der Behinderten im Verfahren eingebracht werden.

Herr Janssen fragt nach, wieviel Busse zwischen Geibelstraße und Eggenstraße verkehren.

Anmerkung des Protokollführers:

Im Linienabschnitt zwischen Geibelstraße und Eggenstraße sind nach Informationen der Stadtwerke Emden an Schultagen 151 Durchfahrten zu verzeichnen.

SVE Linie 3001	25 Fahrten
SVE Linie 3002	16 Fahrten
Sonstige Fahrten d. Fa. Reiter	6 Fahrten (einschl. Leerfahrten)
WESER-EMS-Bus	<u>104 Fahrten</u> (lt. Herrn
	151 Fahrten Müller v. 29.5.98

Herr Hellmann führt aus, daß z.Z. vom ZOB 3 Busse hintereinander wegfahren und die Folge sei eine Verkehrsbehinderung. Ein gleiches Phänomen trifft zu bei der Haltestelle Am Delft. Er wünscht sich Verbesserungsansätze zu untersuchen.

Herr Fischer gibt an, daß diese Problematik im Rahmen der ZOB-Planung berücksichtigt wird.

Herr Bolinius fragt an, ob die Fahrgäste der WEB mit ihrem Fahrschein auch den städtischen Bus benutzen könnten. Er fragt weiterhin, wie sich das Defizit in den letzten Jahren entwickelt hat.

Anmerkung des Protokollführers:

Eine Beantwortung wird nachgereicht.

Herr Fischer gibt an, daß die Fahrkarten auf den entsprechenden Strecken bei beiden Unternehmen Gültigkeit haben. Wie sich das Defizit in den letzten Jahren entwickelt hat, kann z.Z. nicht eindeutig festgestellt werden. Um den Zuschußbedarf des ÖPNV, des Busverkehrs jedenfalls möglichst gering zu halten, wird im Nahverkehrsplan vorgeschlagen, Parallelverkehre zu vermeiden.

Herr Bolinius fragt nach den Kosten des Info-Centers. Evtl. würde durch die Einrichtung eines Info-Centers der Zuschußbedarf erhöht werden.

Herr Fischer führt aus, daß das Info-Center eine Planung ist, die noch nicht abgeschlossen ist. Denkbar wäre, dieses Info-Center im Hauptbahnhofsgebäude unterzubringen, da dort ohnehin eine Info-Centrale für die Deutsche Bundesbahn vorhanden sei, dort könnten dann auch Informationen für den Busverkehr ausgegeben werden.

Herr Bongartz verläßt die Sitzung um 18.25 Uhr.

Herr Richard Janssen verläßt die Sitzung um 18.30 Uhr.

Herr Heinks verläßt die Sitzung um 18.40 Uhr.

Herr Hegewald verläßt die Sitzung um 18.40 Uhr.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

c) Bolzplatz D 91, 4. Änderung

Herr Röttgers teilt mit, daß der Bolzplatz auf städtischem Grundstück im Bebauungsplangebiet D 44 hinter der Fußgängerbrücke eingerichtet werden solle. Die Maßnahme werde noch mit dem Bürgerverein Constantia abgestimmt.

d) Mehr Sicherheit durch weniger Verkehrszeichen

Herr Discus erläutert die Ergebnisse der Aktion (Vermerk ist als Anlage dem Protokoll beigelegt).

e) Constantiaplatz

Herr Röttgers teilt den Sachstand mit; die Straßenverkehrsabteilung werde in Kürze eine entsprechende verkehrsbehördliche Anordnung herausgeben.

- Herr Janßen verläßt die Sitzung um 18.50 Uhr.

TOP 7 Anfragen

a) Teilnahme am Kommunalwettbewerb Klimaschutz und Agenda der Deutschen Umwelthilfe

Auf eine Frage von Herrn Renken bestätigt Herr Kinzel, daß die Stadt Emden in diesem Jahr nicht am Kommunalwettbewerb Klimaschutz und Agenda der Deutschen Umwelthilfe teilnehme.

Umweltamt

- b) Neue Radfahrerbrücke über das Fehntjer Tief

Herr Bolinius begrüßt die geplante neue Brücke für Radfahrer über das Fehntjer Tief, hat jedoch von Problemen hinsichtlich des Naturschutzes erfahren. Die Verwaltung wird um Klärung gebeten.

Bau- und Entsorgungsbetrieb

- c) Müllabfuhr

Herr Bolinius und Herr Hellmann berichten von Beschwerden über eine unverhältnismäßige überzogene Kontrolle des Inhaltes der gelben Mülltonnen. Es seien Tonnen wegen geringer Restmüllanteile ungeleert stehengeblieben. Außerdem werde Klage geführt, daß die Mülltonnen nach der Entleerung nicht ordnungsgemäß abgestellt würden.

Herr Röttgers und Herr Woldmer regen eine bessere Aufklärung der Bevölkerung durch Abfallberatung an, verweisen gleichzeitig aber auf eine erforderliche strenge Kontrolle der Müllbehälter aufgrund der statistisch nachweisbaren Ergebnisse einer schlechten Sortierqualität in der Stadt Emden.

Bau- und Entsorgungsbetrieb

- d) Ausbau des Weges am Kaiser-Wilhelm-Schloot

Auf eine Frage von Herrn Hellmann teilt Herr Röttgers mit, daß der Weg aufgrund der derzeitigen Haushaltslage derzeit nicht weitergeführt werden könne.

Bau- und Entsorgungsbetrieb

- e) Sicherheitsleistungen für Entsorgung von Windenergieanlagen

Auf eine Frage von Herrn Renken erklärt Herr Röttgers, daß in der Verwaltung über die Erhebung von Sicherheitsleistungen für die Demontage von Windkraftanlagen nachgedacht werde.

Umweltamt

- f) Fahrradständer am Delft

Auf eine Frage von Herrn Renken bestätigt Herr Röttgers, daß der Sondernutzung des Imbißbetriebes am Delft der Vorrang vor der Einrichtung von Fahrradständern eingeräumt worden sei.

Bau- und Entsorgungsbetrieb

- g) Bauliche Gestaltung im Bebauungsplangebiet D 91

Auf eine Frage von Herrn Jenkins bestätigt Herr Röttgers, daß aufgrund der zeitlichen Entwicklung die Praxis aufgegeben worden sei, die Farbe des Verblendmauerwerkes verbindlich vorzuschreiben.

Planungsamt

h) Verkehrsbehinderung in der Uwierstraße

Herr Janßen beanstandet, daß in der Uwierstraße in Höhe von Auto Fischer LKW-Aufleger auf der Straßenfläche abgestellt würden und dadurch die Verkehrssicherheit gefährdet sei. Um Überprüfung der Angelegenheit wird gebeten.

Straßenverkehrsabteilung

i) Ersatz der umlegbaren Pfosten in der Weichselstraße

Herr Grigull bittet zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit im Bereich zwischen der Oderstraße und Rheinstraße die umgefahrenen umlegbaren Begrenzungspfosten in der Weichselstraße kurzfristig zu ersetzen.

Bau- und Entsorgungsbetrieb

j) Verkehrssituation am Westcenter

Auf eine Frage von Herrn Janssen nach der Beseitigung der Unfallgefahr bei Ausfahrt aus dem Westcenter bestätigt Herr Röttgers, daß die Verlegung der Ausfahrt in Kürze vorgenommen werden solle.

Bau- und Entsorgungsbetrieb

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.05 Uhr.